

1.1 Geopolitische Perspektiven der Republik Moldau

Oleg Serebrian

1.1.1 Einführung

Die Republik Moldau liegt im Übergangsbereich von Mittel-, Südost- und Osteuropa. Geographisch gesehen ist die Republik Moldau in der Mitte Europas gelegen, was ihre traditionelle Einbeziehung in Osteuropa – neben der Ukraine, Belarus und Russland – nicht verhindert, auch wenn in der letzten Zeit immer mehr Geographen der Republik Moldau und Rumäniens sie als zu Südosteuropa gehörig betrachten.

Die wichtigste geo-strategische Charakteristik der Republik Moldau besteht in ihrer Pufferlage zwischen den zwei politisch-militärischen Gruppen – der NATO und der militärischen Allianz der GUS. Auch wenn die Rivalität zwischen diesen Militärblöcken nicht offiziell angesprochen wird, ist es offensichtlich, dass diese sich in einem Zustand eines latenten Antagonismus befinden; die letzten NATO-Erweiterungswellen nach Osten haben dies gezeigt. Ein anderes geostrategisches Merkmal ist das strategische und politische Interesse für die Republik Moldau seitens einer Großmacht, nämlich von Russland, das seine Militärpräsenz in diesem Land weiterhin behält. Außerdem unterstützt Russland politisch und ideell den Konflikt im Osten der Republik Moldau, d. h. im Staatsgebiet östlich des Dnjestr („Transnistrien“), der einer der wichtigsten neuralgischen Punkte regionaler Instabilität in der Schwarzmeerregion bleibt. Diese Tatsache weckt bei den potentiellen Gegnern Russlands (den USA, der EU, der Türkei) ein Interesse für Chişinău. Außer diesen charakteristischen Merkmalen gibt es zwei weitere, die aus der geographischen Lage hervorgehen: 1. die direkte Nachbarschaft zu einer regionalen Macht, d. h. zur Ukraine, 2. die Nähe zum Balkan, einer Zone hoher politischer Labilität. Diese Sachverhalte können bei einer Analyse der strategischen Bedeutung der Republik Moldau von den westeuropäischen Militär-Geographen und Geostrategen nicht übersehen werden.

Zu den Problemen der Republik Moldau gehören das Fehlen von Zugängen zu den Donaumündungen, zum Hafen von Odessa sowie das weitgehende Fehlen von ökonomisch relevanten Rohstoffen und das relativ kleine ökonomische Potenzial des Landes. Deshalb haben wirtschaftlich große Staaten und Staatenbünde kein besonderes ökonomisches Interesse an der Republik Moldau. Dieses Problem ist insofern von großer Bedeutung, weil die internationale Politik immer mehr von ökonomischen Interessen bestimmt wird. Aus diesen Sachverhalten

kann geschlossen werden, dass die Republik Moldau sehr verletzlich ist. Das negative Image der Republik Moldau im Westen ergibt sich daraus, dass das separatistische Regime im Osten des Landes („Transnistrien“) dem Westen gegenüber feindlich eingestellt ist, dass dadurch das Land auch in den internationalen Waffenschmuggel als wichtiges Operationsfeld einbezogen ist und dass das Land in der Nachbarschaft einiger politisch unruhiger Zonen liegt, die die Sicherheit des Westens gefährden könnten. Leider ist es der Regierung in Chişinău bisher nicht gelungen, wenigstens dieses schlechte Image als geostrategische Kapital zu verwerten, wegen der Befürchtung, dass die Republik Moldau grundsätzlich und auf Dauer als instabiler und verletzlicher Staat betrachtet wird. In der vorliegenden Studie soll versucht werden, die geostrategischen Schlüsselprobleme, welche die Republik Moldau betreffen, zu analysieren, und zwar die folgenden: 1. das Grenzproblem, 2. die transnistrische Frage und 3. die Probleme im Süden Bessarabiens. Außerdem soll ein Überblick über die wichtigsten naturräumlichen Gefahren des Landes gegeben werden.

1.1.2 Das Grenzproblem der Republik Moldau

Wie fast alle Länder Südosteuropas hat auch die Republik Moldau eine schwierige und komplexe Ethnogenese mit zahlreichen geopolitischen und geostrategischen Verwicklungen. Übrigens stellt die Republik Moldau selbst eine Grenzzone dar, d. h. einen Limes zwischen der ostlateinischen Welt und dem Ostslawentum, zwischen Südosteuropa, Mitteleuropa und Osteuropa, zwischen der europäischen Integration und der „eurasiatischen Desintegration“ als Folge des Auseinanderbrechens der damaligen Sowjetunion, zwischen dem euratlantischen Sicherheitsraum und der Zone direkter militärischer Interessen Russlands.

Jahrhundertlang waren die Grenzen Moldaus sehr mobil. Rechtlich gesehen, gibt es zwischen der heutigen Republik Moldau und der Wojewodschaft (Fürstentum) Moldau, gegründet im Jahre 1359, keine Nachfolgebeziehung. Die aktuelle Republik Moldau umfasst den Hauptteil, den östlichen Teil der historischen Provinz, nämlich Bessarabien, welche zur Wojewodschaft Moldau gehörte, die sie aber 1812 zugunsten des Russischen Reiches verlor (Abb. 1). Der Verlust Bessarabiens hat jedoch die weitere Existenz der Wojewodschaft Moldau nicht verhindert. Diese löste sich erst im Januar 1862 auf, als sie sich mit der Wojewodschaft (Fürstentum) Muntenien vereinigte und Rumänien gründete. Die dramatischen Änderungen der politischen Grenzen auf dem heutigen Territorium der Republik Moldau fanden in der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts statt. Am 15. Dezember 1917, während des Zivilkrieges in Russland, rief sich Bessarabien zu einer eigenen Republik aus. Die Unabhängigkeit Bessarabiens wurde nur von Rumänien anerkannt, das im Januar 1918, auf Forderung des bessarabischen Gesetzgebungsorganes, seine Truppen auf das Territorium Bessarabiens führte. Am 9. April 1918 beschloss das bessarabische Parlament den Anschluss Bessarabiens an das Königreich Rumänien (Abb. 2). Laut Bukarester Friedensvertrag vom Mai 1918 erkannten Österreich-Ungarn und Deutschland den Anschluss Bessarabiens an. Am 28. November 1920 akzeptieren auch die Entente-Mächte die Rechtmäßigkeit des Aktes vom 9. April 1918 durch die so genannte Pariser Konvention.

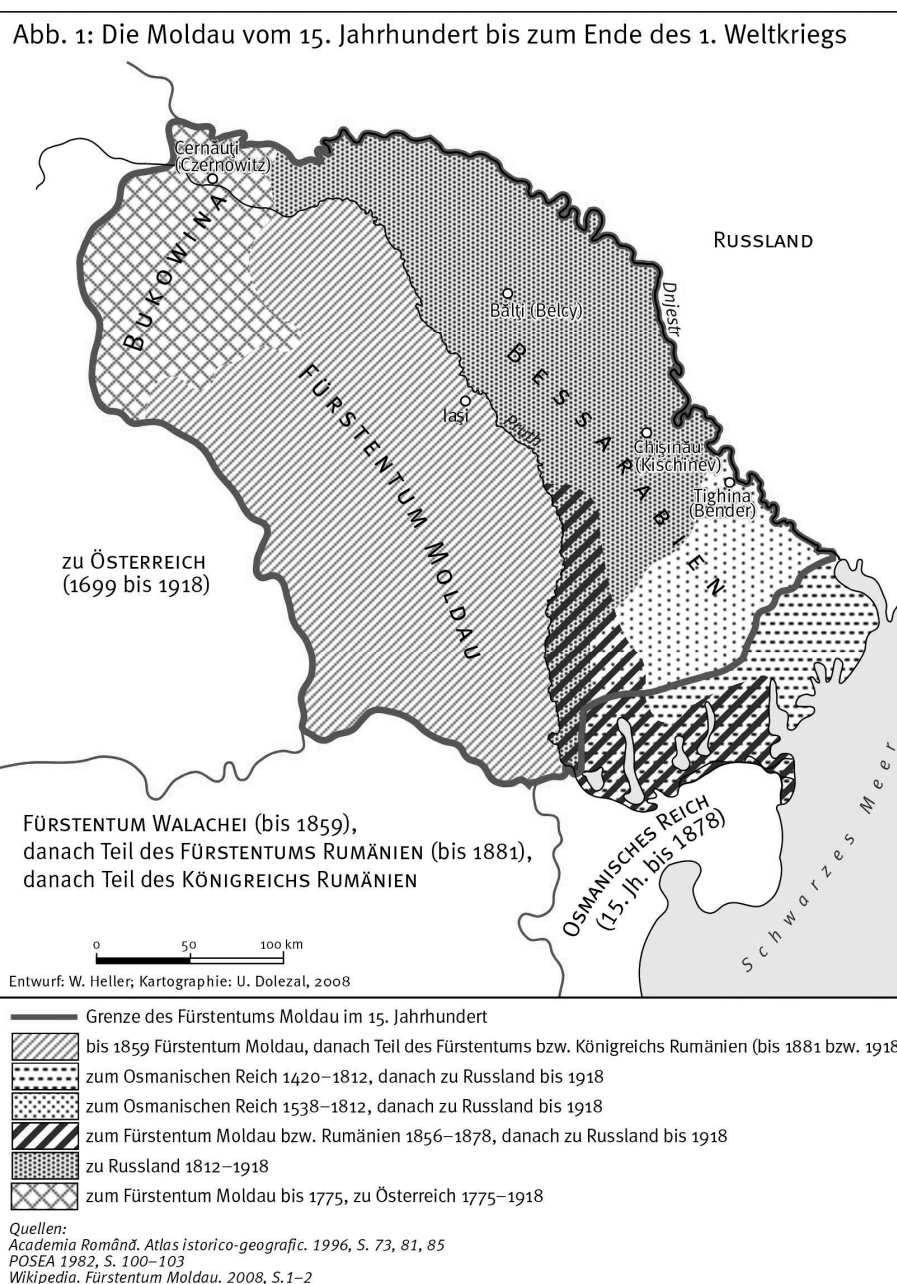
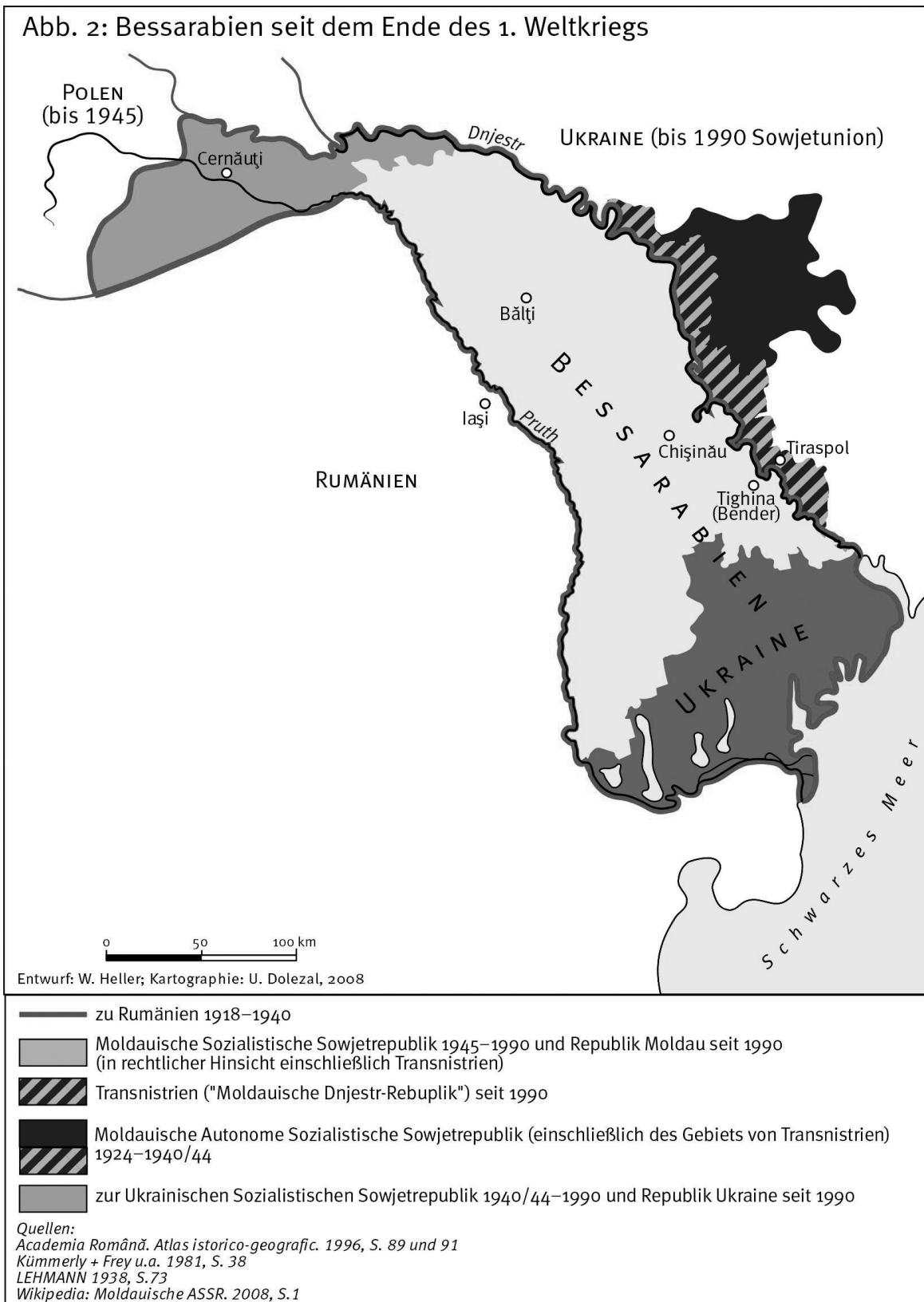


Abb. 2: Bessarabien seit dem Ende des 1. Weltkriegs



Rechtlich gesehen ist die Republik Moldau der Nachfolgestaat der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (MASSR), gegründet von den Sowjets im Oktober 1924 im westlichen Teil der historisch-geographischen Region Transnistrien, nicht zu verwechseln

mit der seit 1990 bestehenden sog. Dnjestr-Republik, dem sog. Transnistrien, die damals zur sowjetischen Ukraine gehörte (Abb. 2). Anfangs war die Moldauische ASSR in 11 Rajons (Kreise) gegliedert und erstreckte sich auf einer Fläche von 8.288 km²¹. Da die UdSSR den Anschluss Bessarabiens an Rumänien nicht anerkannt hatte, legte die Verfassung der MASSR fest, dass Bessarabien Teil der Moldauischen ASSR ist, die zur sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine der UdSSR gehört. Als am 28. Juni 1940 die russischen Truppen Bessarabien anektierten, wurde Bessarabien automatisch in die Moldauische ASSR aufgenommen. Wenige Wochen später, beschloss Moskau, die Moldauische ASSR in eine Sowjetrepublik, also in ein Subjekt der UdSSR umzuwandeln. Die Behörden von Kiew, unter deren Kontrolle auch die Moldauische ASSR war, bestanden darauf, dass mit der „Rangerhöhung“ der neuen Sowjetrepublik der UdSSR auch die Grenzen der Sowjetrepublik Ukraine überprüft werden. Die Ukraine war nicht damit einverstanden, dass die Gebiete mit einer zahlreichen ukrainischen Bevölkerung im nördlichen Teil Bessarabiens und in einigen transnistrischen Kreisen der neuen moldauischen Sowjetrepublik zugeteilt werden. Aus diesen Gründen verblieben am 2. August 1940, am Tag der Ausrufung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik, fast 40 % der Fläche der ehemaligen Moldauischen ASSR in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik.

Die aktuelle Republik Moldau ist direkter Nachfolger der Moldauischen ASSR und ist auch Erbe ihrer offiziellen Grenzen, die 1940 von den sowjetischen Behörden, festgelegt wurden. Als Folge dieser Grenzen gibt es heute eine Reihe von Problemen, die gleich nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau entstanden. Die schwierigsten davon sind verbunden mit den ethnischen Minoritäten, die durch die Grenzänderungen entstanden. Etwa eine halbe Million Rumänen wohnt heute in der Ukraine, insbesondere in den im Sommer 1940 von Rumänien verlorenen Gebieten. Gleichzeitig wohnt eine Viertel Million Ukrainer in den transnistrischen Kreisen, in einem Territorium, das bis zu den Beschlüssen der sowjetischen Behörden der Ukraine gehörte. Zwischen Kiew, Chişinău und Tiraspol, der Hauptstadt der sog. Dnjestr-Republik, bildete sich ein sog. Geographisches Dreieck, das von Misstrauen und Verdächtigungen gekennzeichnet ist. Im Jahre 2001, nach zehn Jahren von Verhandlungen, haben die Parlamente von Kiew und Chişinău ein Grenzabkommen ratifiziert. Kiew ist es gelungen, Chişinău zu zwingen, den nach 1940 entstandenen de-facto-Zustand zu akzeptieren. Dazu trugen mehrere Faktoren bei,

¹ Moldawskaja ASSR, in Malaja Sowetskaja Enziklopedija, Moskau, 1928–1931, B. 5, S. 310.

und zwar erstens der Druck des Westens, der sehr empfindlich auf jede Art territorialer Forderungen reagiert, zweitens die komplizierte Lage in Transnistrien, die ohne Unterstützung von Kiew nicht gelöst werden kann, und drittens die Passivität der rumänischen Bevölkerung in der Ukraine, die wegen des sehr niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Republik Moldau von den revisionistischen Ideen einiger politischer Kreise in Chişinău nicht angezogen wurde.

Ein anderes Problem, das sich direkt auf die innere Stabilität der Republik Moldau auswirkt, ist das Problem der ethnischen, genauer gesagt, der sprachlichen Grenzen. Die Republik Moldau hat eine sehr komplizierte ethnische Geographie, was für Südosteuropa, aber auch für eine Grenzzone zwischen Makroregionen, wie sie die Republik Moldau darstellt, sehr charakteristisch ist. Charakteristika Südosteuropas, welche in der Struktur der ethnischen Grenzen der Republik Moldau erkennbar sind, sind die Phänome der Enklavenbildung und der Diskontinuität. Die ethnischen Areale sind nicht geschlossen und verändern sich nicht regelmäßig und kontinuierlich, sondern sind zerstreut, unregelmäßig verteilt und verflochten. Das beste Beispiel in diesem Zusammenhang stellt die russisch-ukrainische Bevölkerung dar. Russen und Ukrainer, die sehr schwer voneinander zu unterscheiden sind, bilden zusammen ein Viertel der Bevölkerung des Landes. In der Regel werden die Ukrainer in Bessarabien traditionsgemäß als Russen oder als ein Subethnos der Russen betrachtet. Obwohl die russisch-ukrainische Gemeinschaft etwa 1,1 Millionen Menschen zählt, existiert keine Region, in der sie die Mehrheit bildet. Große Konzentrationen fallen in der transnistrischen Region der Republik Moldau und in den Munizipien Chişinău und Bălţi auf. Kompakter sind die Siedlungsgebiete der bulgarischen und türkisch-gagausischen Minoritäten im Südwesten des Landes. Die Bulgaren bilden die Mehrheit im Kreis Taraclia. Die gagausischen Türken verfügen seit 1994 dort über eine eigene Autonomie, wo sie über 80 % der Bevölkerung darstellen².

Auch die rumänische Mehrheit wird nicht von einfachen ethnischen Grenzen umgeben, denn sie wird auf dem Gesamtterritorium der Republik Moldau von kleinen russisch-ukrainischen Enklaven perforiert, während eine Art Halbinsel und eine Exklave rumänischer Bevölkerung entlang der ganzen moldauisch-ukrainischen Grenze zu finden sind.

Große Schwierigkeiten ethnolinguistischer Natur entstehen auch wegen der unklaren nationalen Identität der Mehrheit der Bevölkerung, die in ihrer Form einzigartig in Europa ist. Es ist sehr schwer zu schät-

²http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls

zen, welcher Teil der rumänischsprachigen Bevölkerung der Republik Moldau sich als rumänisch betrachtet und welcher Teil sich für moldauisch hält. Die Ergebnisse der Volkszählung 2004 geben darüber kaum Auskunft. Wenn man von der Zahl derjenigen ausgeht, die für solche politischen Parteien stimmen, die sich für die Wiedervereinigung Bessarabiens mit Rumänien diskret aussprachen, dann kann man schätzen, dass sich von der rumänisch sprechenden Bevölkerung etwa ein Drittel als Rumänen und etwa zwei Drittel als Moldauer betrachten. Die Grenzen, welche diese beiden unterschiedlichen Identitäten trennen, sind nicht räumlicher, sondern sozial-psychologischer Art. In der Regel begreifen sich die Intellektuellen, die Studenten und die jüngere Generation in der Regel als Rumänen. Daraus kann man schließen, dass die Zahl der „Moldauer“ weiter sinken könnte. Auch die Jugendlichen sind in der Regel diejenigen, welche die rumänische Staatsangehörigkeit beantragen. Die Gründe dafür sind aber nicht sentimentaler, sondern materieller Art. Sie erhalten nämlich mit der rumänischen Staatsangehörigkeit auch die Möglichkeit, den Reisepass eines EU-Mitgliedstaates zu besitzen, der ihnen die Einreise in die EU als Arbeitsmigranten und andere Migranten öffnet.

Eine weitere Kategorie bilden die geopolitischen und geographischen Grenzen. Es stellt sich dabei die Frage, welche Grenzen für die Republik Moldau am besten geeignet sind, die Wohlfahrt der Bevölkerung des Landes zu ermöglichen. Wegen ihrer Lage zwischen den beiden großen geopolitischen Kräften im neuzeitlichen Europa – der GUS und der EU – wurde die Republik Moldau in zwei Teile gespalten. Der Ukraine, die größer und solider als die Republik Moldau ist, blieb die Trennung erspart. Aber es sind auch hier – ebenso wie in der Ukraine und in Belarus – ähnliche räumliche Muster in der politischen Einstellung der Bevölkerung wie in der Republik Moldau zu erkennen. Die Bevölkerung in den westlichen Regionen ist pro-westlich und national und diejenige in den östlichen Regionen ist pro-russisch (genauer: prosovjetsch) orientiert.

Auch wenn es schwer fällt, für die absehbare Zukunft irgendwelche Änderungen der Außengrenzen der Republik Moldau zu prognostizieren, kann man sagen, dass die inneren Grenzen noch äußerst mobil bleiben – ein Hinweis auf politische Instabilität. Im Juni 2005 verabschiedete das Parlament der Republik Moldau die Grundsatzprinzipien für die territoriale Autonomie der östlichen Region der Republik Moldau. Zum größten Teil gleichen diese Prinzipien denjenigen, welche die Basis der gagausischen Autonomie bilden.

Übrigens sind in der letzten Zeit in politischen Kreisen der Republik Moldau immer mehr Stimmen zu hören, die sich für den Zusammen-

schluss der gagausischen Region mit dem Kreis Taraclia aussprechen, welcher überwiegend von Bulgaren bewohnt ist, und zwar zu einem autonomen Bezirk Budschak. Im Herbst 2003, als man über den „Kosak-Plan“ zur Föderalisierung der Republik Moldau diskutierte, existierte auch die Variante, dass die transnistrische Region, der noch zu bildende Bezirk Budschak und der Hauptteil der Republik Moldau als gleichberechtigte Teile eines föderativen Staates Republik Moldau auftreten. Auch wenn bis jetzt Chişinău heftigen Widerstand gegen die Föderalisierungsprojekte (die häufig von Moskau angeregt wurden) leistete, gibt es immer mehr Äußerungen, die auf die mögliche Dreiteilung des Landes hinweisen, insbesondere jetzt, am Ende des zweiten Mandats des Präsidenten Voronin. Zwar werde die Republik Moldau ein einheitlicher Staat de-jure bleiben, aber die Föderationsprojekte könnten verwirklicht werden oder der Hauptteil der Republik Moldau könnte de-facto einem Prozess der „Transnistrisierung“ unterzogen werden, indem die russische Sprache als zweite Amtssprache und die russische Militärpräsenz akzeptiert werden.

1.1.3 Die wichtigsten Herausforderungen für die nationale Sicherheit der Republik Moldau

Die limitierten natürlichen Ressourcen, die zögerlich durchgeführten sozial-ökonomischen Reformen, die Lage in einem politisch unruhigen Raum sowie die Puffersituation zwischen der EU einerseits und den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen Russlands andererseits machen die Republik Moldau zu einem sehr problematischen Land. Die nationale Sicherheit dieses Landes ist bedroht von einer Reihe interner Faktoren (territorialen Konflikten, einer schwachen inneren Kohäsion der Nation, einer Kriminalisierung politischer und wirtschaftlicher Eliten, einer psychischen und geistigen Degradierung der Nation), von externen Faktoren (einer reservierten, teilweise sogar feindlichen Haltung Russlands und der Ukraine sowie einer großen Abhängigkeit des Landes von Energieimporten und auch von extra-territorialen Faktoren (durch die Nutzung des Territoriums der Republik Moldau als einer Zone des Schmuggels und des Handels mit Drogen, Waffen und Menschen).

Auf dem relativ kleinen Territorium der Republik Moldau drängen sich wenigstens drei territoriale Konflikte – die transnistrische Frage, der süd-bessarabische Konflikt und das Problem der moldauisch-ukrainischen Grenze. Diese Konflikte sind voneinander nicht zu isolieren. Vielmehr überkreuzen sie sich, sie sind miteinanderbverflochten und beeinflussen sich gegenseitig.

Der transnistrische Konflikt ist ein klassischer geopolitischer Konflikt. Es ist sicher, dass er kein interethnischer und noch weniger ein interkonfessioneller Konflikt ist. Um dies zu beweisen, greift man oft zur Statistik, die zeigt, dass die moldauischen Rumänen etwa 32 % der Bevölkerung der transnistrischen Region darstellen, während den Russen und den Ukrainern 30 % und 29 % zukommen³. Eigentlich haben diese Statistiken keinen Wert, denn ein Konflikt kann einen interethnischen Charakter tragen, unabhängig davon, wie die ethnische Struktur der Region aussieht. Bei der Bezeichnung eines Konflikts als interethnisch, interkonfessionell, politisch, usw. ist in erster Linie die Konfliktursache wichtig, erst danach kommen die Faktoren, welche den Konflikt als aktiv oder passiv erhalten. Im Falle des transnistrischen Konflikts war die Ursache von Anfang an nicht ethnisch. Denn die moldauischen Rumänen solidarisierten sich entweder mit den Aktionen des Regimes von Tiraspol oder verhielten sich bei Konfrontationen zwischen Tiraspol und Chişinău passiv, von Ausnahmen abgesehen. Einige könnten behaupten, die transnistrischen Moldauer seien vom Regime von Tiraspol gezwungen, solch ein Verhalten zu akzeptieren, dies ist aber keine Entschuldigung. In Wirklichkeit ist die rumänisch sprechende Bevölkerung aus Transnistrien größtenteils auch während des Konflikts 1992 mit Chişinău nicht solidarisch gewesen und sie unterstützt die Positionen von Chişinău auch gegenwärtig nicht. Eben dieser Aspekt zeigt, dass dieser Konflikt keine ethnischen Wurzeln hat.

Es ist offensichtlich, dass der transnistrische Konflikt auch kein politischer Konflikt ist, so wie es oft in den bessarabischen politischen Kreisen oder in den Massenmedien aus Chişinău behauptet wird. Ein politischer Konflikt setzt eine Konfrontation der politischen Ideen und Doktrinen voraus. Der transnistrische Konflikt ist vielmehr rein geopolitischer Natur. Russland spekuliert mit den Nostalgiegefühlen der transnistrischen Moldauer, welche die materielle Sicherheit der Zeit der Sowjetunion vermissen, und mit pro-slawischen Gefühlen der russisch-ukrainischen Bevölkerung der Region, um die transnistrische Pseudo-Staatlichkeit zu unterstützen. Wegen dieses passiven Konflikts hat Moskau nicht nur einen sicheren Platz für seine Interessen in der Zone zur Verfügung, sondern die Republik Moldau selbst ist zu einem Gefangenen des Kreml geworden. Es ist offensichtlich, dass, solange der transnistrische Konflikt nicht gelöst ist, die Republik Moldau eine Marionette der Russen bleiben wird. Für eine unabhängige Außenpolitik oder eine Annäherung an Rumänien oder an den Westen zu sprechen, ist in dieser Situation nicht banal. Wenn sich Chişinău so artikuliert, dann wird die Botschaft zweideutig bleiben, solange die

³ <http://www.pridnestrovie.net/2004census.html>

transnistrische Frage ungelöst ist. Die transnistrische Frage ist der größte Feind der Republik Moldau. Solange dieser Konflikt auf der geopolitischen Karte der Region präsent bleibt, wird die Zukunft des moldauischen Staates in Frage gestellt.

Der zweite territoriale Konflikt stellt eigentlich einen Konfliktknoten dar, welcher mehrere Innen- und Außenfaktoren einbezieht. Es handelt sich um den süd-bessarabischen Konflikt, an dem sich drei interne Akteure – die Republik Moldau, die türkisch-gagausische und die bulgarische Gemeinschaft – und drei externe Akteure – Bulgarien, die Ukraine und die Türkei – beteiligen. Der süd-bessarabische Konflikt hat seinen historischen Ursprung im Anfang des 19. Jahrhunderts, als die russischen kaiserlichen Behörden entschieden, den Süden Bessarabiens mit gagausischen Türken und Bulgaren zu besiedeln. Geographisch geht dieser Konflikt aus der im Sommer 1940 markierten Grenzlinie hervor, politisch aus der Emanzipationsbewegung der bessarabischen Rumänen und der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau. Der süd-bessarabische Konfliktknoten ist komplex und beinhaltet viele Gefahren. Auch wenn das gagausische Problem sowie das Problem der bulgarischen Minderheit offensichtlich beigelegt wurden, gibt es keine Grundlage für zu viel Optimismus über die Nachhaltigkeit der Stabilität im Süden Bessarabiens. Die Gagausen und die Bulgaren sind die einzigen ethnischen Minderheiten in der Republik Moldau, die mehr oder weniger kompakt wohnen. Aus geopolitischer Perspektive ist die Präsenz einer ethnischen Minderheit schon ein unerwünschtes Faktum für einen Nationalstaat. Die Präsenz einer ethnischen Minderheit, die geschlossen in einem peripher gelegenen Territorium des Landes wohnt und einen externen Schutzstaat (Patronagestaat) hat, kann noch gefährlicher sein. Im Süden Bessarabiens sind alle diese Kriterien gegeben.

Und schließlich der dritte Konflikt, der moldauisch-ukrainische: Es ist ein Konflikt, der sich teilweise mit dem transnistrischen und dem süd-bessarabischen überschneidet. Die offiziellen Behörden von Chişinău bevorzugen, die Existenz eines solchen Konflikts nicht anzuerkennen, auch wenn seine Präsenz manchmal schwer zu bestreiten ist. Der moldauisch-ukrainische Konflikt hat seine Wurzeln in den Grenzänderungen 1940, als ein Territorium von 20.900 km² der Autonomen Sozialistischen Republik Moldau (ASSR) (der Norden und der Süden Bessarabiens sowie die Region Balta in Transnistrien) der Ukraine zugeweiht wurde. Zur Zeit der Volkszählung von 1989 wohnten auf diesem Territorium noch über 200.000 Rumänen. Diese Tatsache hatte Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Chişinău und Kiew. Um das Chişinăuer Interesse vom Problem der moldauisch-ukrainischen Grenze von den im Jahre 1940 „verlorenen“ Territorien abzulenken, unter-

stützte Kiew stillschweigend die Sezessionsbewegung in Transnistrien 1991–1992.

Ein anderes Problem, mit dem sich die Republik Moldau zur Zeit konfrontiert sieht, stellen die „unionistischen“ Optionen dar – sei es die Bewegung, welche für die Vereinigung mit Rumänien plädiert, oder die Bewegung, die für die Wiederherstellung der im Dezember 1991 verlorenen eurasiatischen Union, d. h. der Sowjetunion, kämpft. Obwohl die Idee des Wiederanschlusses der Republik Moldau an Rumänien sich anbietet, wird sie oft von vielen der Regierungspartei nahe stehenden Personen aus Chişinău, aber auch von einigen Beobachtern aus dem Westen, als Bedrohung der regionalen Stabilität betrachtet. Gewöhnlich werden von ihnen drei Argumente vorgebracht: 1. Diese Idee sei bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht populär, was im Falle der Wiedervereinigung mit Rumänien zu einem internen Konflikt im erweiterten Rumänien führen könnte. 2. Die Idee des Wiederanschlusses Bessarabiens an Rumänien werde von den Minderheiten im Südwesten und im Osten der Republik Moldau abgelehnt. Dadurch würden bei einem potentiellen Konflikt Russland, die Ukraine, die Türkei und Bulgarien einbezogen werden. 3. Die EU und die USA betrachten mit viel Sorge jeden Versuch, Grenzen in Südosteuropa zu ändern. Diese drei Argumente haben jedoch so lange keinen Wert, als Rumänien nicht das geringste Interesse für den Anschluss der Republik Moldau zu haben scheint. Unter diesen Umständen sind die Debatten über die Gefahr eines „rumänischen Revisionismus“ reine Spekulationen. Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken, spricht die derzeitige Regierung in Chişinău über die „rumänische Gefahr“.

Eigentlich ist das große Problem der Republik Moldau die eurasiatische und nicht die rumänische Gefahr. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die politischen Kräfte, die sich für die Rückkehr zu einem föderativen Staat aussprechen, ziemlich gut bei den Moldauern ankommen. Die „eurasiatische“ Option stellt ein Schlüsselement des politischen Programms der Partei der Kommunisten der Republik Moldau dar.

Bei genauer Betrachtung der „geopolitischen“ Optionen der politischen Kräfte von Chişinău stellt man eine außergewöhnliche Situation fest: Denn die Mehrheit der politischen Parteien (einschließlich die Mehrheit der Bevölkerung) spricht sich direkt oder indirekt für die Auflösung des moldauischen Staates aus, und zwar entweder durch den Anschluss der Republik Moldau an Rumänien oder durch ihren Beitritt zu einer eurasiatischen Föderation. Letztendlich ist die Unabhängigkeit der Re-

publik Moldau nicht anderes als ein Kompromiss zwischen diesen antagonistischen Tendenzen.

Zu den großen Herausforderungen für die nationale Sicherheit der Republik Moldau zählt, wie bereits erwähnt, die Energie-Abhängigkeit des Landes vom Import von Gas, Öl und Kohle aus Russland und der Ukraine. In den Zeiten der Kommunikation und hoher Mobilität ist die Energie-Unabhängigkeit eine der Grundbedingungen für die Sicherung der in der Geopolitik genannten „realen“ Souveränität von Staaten. Leider ist die Republik Moldau weit entfernt davon, diesen Herausforderungen entsprechen zu können. Vielleicht ist sie das verletzlichste Land in ganz Südosteuropa, was die Energieversorgung betrifft. Die Lage im Energie-Bereich verschlechterte sich besonders nach 1991, als die Republik Moldau unabhängig geworden ist und der Mangel an Energie-Ressourcen in der Republik Moldau sowie die transnistrische Frage zu effizienten Kontrollmitteln seitens Moskaus geworden sind. Seit dem militärischen Konflikt 1992 ist die Republik Moldau ständig mit der Drohung, die Energiezufuhr zu drosseln, von Moskau, von den separatistischen Transnistriern oder von den beiden Seiten zusammen erpresst worden.

Trotz dieser Situation beeilte sich die neo-kommunistische Regierung von Chişinău, die im Frühjahr 1994 an die Macht kam, nicht, einen Lösungsweg aus der entstandenen Situation zu finden. Darüber hinaus wurden sogar die moderaten Versuche der vorherigen Regierungen, die Energie-Importe aus Rumänien zu vergrößern und somit die Importquellen zu diversifizieren, zunichte gemacht. In derselben Zeit wurden auch die Vorschläge von Bukarest, gemeinsam mit der moldauischen Seite den Bau des Kernkraftwerkes Cernavodă (in Rumänien) zu beenden, entschlossen abgelehnt. Dieser Vorschlag hätte natürlich eine große Anstrengung für den moldauischen Haushalt dargestellt. Der Preis dieser Anstrengung hätte aber gerechtfertigt werden können. Die Republik Moldau wandte sich 1994–1996 nach Osten, sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Sinne. Russland und die Ukraine lieferten Energie zu einem ziemlich hohen Preis, ohne jedoch von Chişinău die sofortige Bezahlung dafür zu fordern. Die neo-kommunistische Regierung machte dabei ein gutes Bild für die moldauische Bevölkerung, die sich aber nicht bewusst war, dass die gesammelten Schulden schwer die Wirtschaft des Landes bedrücken und die nationale Souveränität reduzieren werden. Dementsprechend übernahmen die Regierungen, die im Frühjahr 1998 an die Macht kamen, eine Außenschuld, die so hoch wie das jährliche Bruttoinlandsprodukt des Landes war und die damit den Staatshaushalt deutlich überschritt. Ein großer Teil der Außenschuld, die mehr als 1 Milliarde Euro betrug, war der Energie-Einfuhr aus dem Osten zu verdanken

(Datoria externă a Republicii Moldova: 1,3 miliarde de dolari, Ziarul de Iași, 7 august 1999).

Im Moment ist die wirtschaftliche Lage der Republik Moldau dramatisch. Infolge der notwendigen Energieimporte ist die Republik Moldau von Russland quasi abhängig. Die Kosten für Brennstoff stellen fast die Hälfte aller Importkosten der Republik Moldau dar, Tendenz steigend. Auch nach 18 Jahren offizieller Unabhängigkeit bleibt die wirtschaftliche Unabhängigkeit (genauer gesagt, die reale Unabhängigkeit) eine platonische Bestrebung der Republik Moldau. Der Grundstein für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit wäre die Sicherung der Energie-Unabhängigkeit, die neben der Lösung der transnistrischen Frage die entscheidende Aufgabe für die Gewährleistung der weiteren Existenz des Staates ist.

1.1.4 Die Stellung der transnistrischen Frage in der geopolitischen Charakteristik der Republik Moldau

Der transnistrische Konflikt stellt zweifellos die größte Gefahr für die moldauische Staatlichkeit dar und ist das höchste Hindernis auf dem Wege zur sozial-politischen Stabilisierung der Republik Moldau. In den letzten 18 Jahren wurde die Existenz der Republik Moldau als unabhängiger Staat ständig von der Lage im Osten des Landes bedroht. Die transnistrische Frage bestimmte leider mehrere politische Entscheidungen, wie den GUS-Beitritt, die Verleihung des Status´ einer offiziellen Sprache an die russische Sprache, die Förderung eines Moldovenismus und die Idee der andauernden Neutralität. Den größten Schaden für das Bild der Republik Moldau im Ausland erzeugte aber wahrscheinlich der transnistrische Konflikt.

Leider ist insbesondere im westlichen Ausland über die Republik Moldau nur wenig bekannt und dieses auch nur verzerrt, nämlich: dass hier bei den Wahlen die Kommunisten siegen, dass die Bevölkerung vom Menschenhandel lebt und sich mit einem Konflikt im östlichen Teil des Landes beschäftigt. Die Tatsache, dass die Republik Moldau ihre Ostgrenze nicht kontrolliert, stellt eines der Grundargumente der EU gegen die Aufhebung der Visumpflicht für Moldauer und die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau dar.

Transnistrien – eher ein aktuell-räumlicher als ein historisch-geographischer Name – bezeichnet das Territorium zwischen dem Unterlauf des Dnjestr und dem südlichen Bug. Es liegt im Überschneidungsbereich von zwei historischen Regionen, und zwar des Fernen Westens

von Russland und des Fernen Südens von Podolien. Der größte Teil Transnistriens gehört heute zur Ukraine (Bezirke der Region Odessa auf dem linken Ufer des Dnjestr, ein Teil der Region Nikolaew links des südlichen Bugs sowie ein kleiner Teil der Region Kirowograd westlich des südlichen Bugs). Nur 3.700 km² befinden sich auf dem Territorium der Republik Moldau (die „Territoriale Einheit auf dem linken Ufer des Dnjestr“ und teilweise der Bezirk Dubasari) was ein Achtel der Gesamtfläche Transnistriens ausmacht. Die Moldauer stellen etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Transnistriens dar, im transnistrischen Teil der Republik Moldau sogar etwa ein Drittel der Bevölkerung⁴. Es gibt eine große moldauische Minderheit auch im ukrainischen Transnistrien, besonders in den Kreisen Balta, Kotowsk (Bârzula) und Ananjiw (Anani), die bis August 1940 Teil der Moldauischen ASSR waren. Ab 1792, als Russland das westliche Neurusland annektierte, nahmen Anteil und Zahl der moldauischen Bevölkerung kontinuierlich ab, zum einen durch russische und ukrainische Einwanderung, zum anderen durch massive Slawisierung der Moldauer, d. h. der ethnischen Rumänen Transnistriens. Dieser Prozess beschleunigte sich in der Zeit der Sowjetunion. Gemäß den Angaben der allgemeinen Volkszählung der Bevölkerung der UdSSR von 1926 betrug die Bevölkerungszahl der Moldauischen ASSR 572.100 Personen, darunter 277.500 Ukrainer (48,5 %), 172.400 Moldauer (Rumänen) (30,1 %), 48.900 Russen (8,5 %), 48.600 Juden (8,5 %), 10.700 Deutsche (1,9 %), 14.000 andere (Bulgaren, Polen, Zigeuner) (2,5 %)⁵. Wenn wir die heutige ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der östlichen Rayons der Republik Moldau und der Kreise Balta, Kodyma, Kotowsk, Krasni Okny und Ananjiw der ukrainischen Region Odessa betrachten, Territorien, die vor 80 Jahren zu der Moldauischen ASSR gehörten, stellen wir fest, dass die Zahl der ethnischen Rumänen (Moldauer) zwei Mal kleiner ist, die Juden und Deutschen praktisch verschwunden sind und der Anteil der Russen sich verdreifacht hat.

Es ist aber auch festzuhalten, dass die Moldauer keine ständige Präsenz in diesen Gebieten hatten. Die Kolonisierung der Territorien auf dem linken Ufer des Dnjestr begann vor allem im 16. Jahrhundert. Zu Einwanderungen war es aber schon davor gekommen. Trotz der Tatsache, dass Russen und Ukrainer eine massive Präsenz in dieser Region nach 1792 hatten, könnte man behaupten, dass eher Moldauer als Ukrainer ein historisches Siedlungsrecht hier haben. Auch wenn Transnistrien zum politischen moldauischen Territorium erst nach 1924 geworden ist, ist es zweifellos Teil des rumänischen ethnokulturellen

⁴ <http://www.olvia.idknet.com/ol37-09-05.htm>

⁵ Moldova. Materialurile statistice. Balta, 1928, S. 221.

Raumes für mehrere Jahrhunderte lang gewesen. Die transnistrischen Moldauer waren die Einheimischen, die nach 1792 das Besatzungsregime und die nationale Unterdrückung des Russischen Reiches zu ertragen hatten.

Die drohende Gefahr eines Konflikts auf dem transnistrischen Teil der Republik Moldau ist schon im Sommer 1998 mit der Wiederbelebung der nationalen Bewegung in Bessarabien evident geworden. Nach den ersten Siegen der nationalen demokratischen Kräfte in Chişinău 1989 ist die Teilung der Republik Moldau entlang des Dnjestr offensichtlich geworden. Ein Jahr später verlor der transnistrische Konflikt seinen politisch-kulturellen Charakter, den er am Anfang trug, zugunsten eines rein geopolitischen. Dieser Charakter bestätigte sich noch mehr nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Moldau 1991. Wenn man über den geopolitischen und geo-strategischen Wert des Konflikts spricht, wird ihm oft von einigen politischen Kommentatoren aus Chişinău eine übertriebene Dimension zugeschrieben, wenn z. B. erklärt wird, dass Transnistrien „ein russisches Messer im Rücken der Ukraine“ sei, oder wenn behauptet wird, Transnistrien sei „das Tor“ Russlands zum Balkan. Nicht zu vergessen ist aber, dass die alte und metaphorische Bezeichnung Bessarabiens als „Tor zum Balkan“ für Russland in seiner geographischen Konfiguration bis zum ersten Weltkrieg gültig gewesen ist. Ein Vergleich der Karten Russlands und Bessarabiens von 1812 mit denjenigen von 2007 ergibt allerdings, dass sich Einiges geändert hat. Heutzutage hat Russland Zugang zum Balkan entweder über das Meer oder durch die Ukraine, denn der Süden Bessarabiens mit den Donaumündungen gehört nicht zur Republik Moldau.

Das Bild „Transnistrien – ein russisches Messer im Rücken der Ukraine“ ist noch weniger zutreffend. Transnistrien könnte für Russland einen geopolitischen Wert bei den Auseinandersetzungen mit der Ukraine nur in dem Falle haben, dass die Republik Moldau und Rumänien auf der Seite Russlands wären. Wie könnten sonst Russen Zugang zu Transnistrien haben, zu einer Exklave, die zwischen der Ukraine und der Republik Moldau in Form eines nur 20 km breiten Streifens liegt? Transnistrien ist nicht mit der Region Königsberg zu vergleichen, die, obwohl sie weit entfernt von Russland ist, einen breiten Zugang zum Meer hat. Geo-strategisch betrachtet haben die Exklaven einen Wert nur dann, wenn die Verbindungen mit diesen Territorien auch im Falle einer Militärkrise aufrecht erhalten werden können.

Transnistrien hat für Russland zweifellos einen großen geopolitischen Wert, der aber nicht in der Kontrolle des Balkans oder in der Bedrohung der Ukraine besteht, sondern in der Kontrolle der Republik Mol-

dau selbst. Paradoxerweise hat die Republik Moldau ihr Bestehen zum größten Teil dem transnistrischen Problem zu verdanken, zum einen, weil die moderne moldauische Staatlichkeit ihren Ursprung im Transnistrien des Jahres 1924 hat, zum anderen, weil ohne die Existenz des transnistrischen Konflikts die Unabhängigkeit der Republik Moldau nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch den Wiederschluss Bessarabiens an Rumänien ein Ende genommen hätte, wenn man die Einstellung der Chişinăuer politischen Elite im Dezember 1991 berücksichtigt.

Obwohl Transnistrien ein dominanter geopolitischer Faktor für die Zukunft der Republik Moldau ist, hat es auch nach 16 Jahren Unabhängigkeit die Regierung in Chişinău nicht geschafft, einen Aktionsplan zur Lösung dieser Frage zu erarbeiten. Allgemein heißt es, der Schlüssel zur Lösung dieses Konflikts liege in Moskau. Manche vertreten die Meinung, Chişinău sei gleichermaßen beteiligt. Manche hoffen auch, dass die Ukraine zur Konfliktlösung beitragen würde. Es ist jedoch die Zeit gekommen, die Akzente und die Methoden des Herangehens an diesen Konflikt zu ändern, weil bisher die Behörden von Tiraspol (der sog. Dnjestr-Republik) in keiner Weise zu erkennen geben, über das Problem sprechen zu wollen und mit Chişinău sowie mit westlichen Ländern nach Lösungen dieses Problems zu suchen.

Leider wurden die Hoffnungen, welche seitens der Republik Moldau in die Ukraine, besonders nach dem Sieg der pro-westlichen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2004, gesetzt wurden, nicht erfüllt. Es scheint, dass Kiew und Chişinău verschiedene Ziele verfolgen.

Selbstverständlich könnte die Regierung der Republik Moldau weiter nachgeben, eine für Chişinău in der Zeitspanne 1992–2003 charakteristische Handlungsweise. Es sollten aber von Chişinău eigene Initiativen ergriffen werden. Da die Behörden von Tiraspol Zoll- und Grenzposten entlang der Demarkationslinie zwischen der von ihnen kontrollierten Zone, d. h. der sog. Dnjestrrepublik, und dem Teil der Republik Moldau, der westlich des Dnjestr liegt, eingerichtet haben, wäre zu fragen, ob nicht die Behörden von Chişinău ebenfalls Zoll- und Grenzposten entlang des transnistrischen Abschnitts der moldauisch-ukrainischen Grenze aufstellen sollten.

Die Europäische Union fordert von der Republik Moldau, den Schmuggel zu bekämpfen und die Grenzen zu kontrollieren. Eine Lösung in dieser Situation wäre die Festlegung einer de-facto-Grenze, um die sog. Dnjestr-Republik vom übrigen Territorium der Republik Moldau zu isolieren, ohne aber eine Unabhängigkeit dieses separatistischen Teils der Republik Moldau anzuerkennen. Damit soll aber dieser Teil der

Republik nicht blockiert werden. Der Dnjestr-Übergang sollte weiterhin ermöglicht werden, jedoch nicht unkontrolliert bleiben. Gleichzeitig sollte die Regierung von Chişinău mehr Bedeutung der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land beimessen. Denn ein Weg zur Lösung der transnistrischen Frage besteht in der Verbesserung der Situation auf dem rechten Ufer des Dnjestr. Das transnistrische Regime existiert im Grunde genommen nur so lange, wie die Republik Moldau Misserfolge auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene aufweist. Wenn die Republik Moldau ein attraktives und stabiles Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft wäre, wenn der moldauische Reisepass kein Dokument wäre, das einem eher Probleme beim Grenzübergang bereitet, sondern ein Dokument, das den freien Personenverkehr ermöglicht, dann würden die Chancen des separatistischen Regimes, an der Macht zu bleiben, bedeutend geringer werden. Bisher hat Chişinău den 600 000 Bürgern der transnistrischen Region nur Folgendes angeboten: patriotische Botschaften sowie Bekundungen, dass Chişinău nicht den Anschluss an Rumänien anstrebt, dass im Westteil der Republik Moldau Russen nicht verfolgt werden und dass die Republik Moldau nicht in die NATO will, sondern weiterhin zur GUS gehört. Diese Botschaften und Bekundungen wurden in Transnistrien aber nicht geglaubt.

Vergeblich sind die Versuche, die Behörden der Republik Moldau und die Bürger Transnistriens zu überzeugen, sich die Wiedervereinigung des Landes zu wünschen, so lange ein großer Teil der Bevölkerung des westlichen Teils der Republik Moldau auswandern möchte. Hunderttausende Moldauer sind bereits im Ausland, zumeist als Arbeitsmigranten. Meinungsumfragen zeigen einen besorgniserregenden Vertrauensmangel der moldauischen Bevölkerung in die Zukunft ihres Landes. Das transnistrische Problem wird dann gelöst, wenn das ökonomische Problem der Republik Moldau gelöst sein wird.

Die Bemühungen der Regierung von Chişinău sollten sich auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im westlichen Teil der Republik Moldau konzentrieren. Diese Region sollte attraktiv für die Bevölkerung östlich des Dnjestr werden. So könnte eine Voraussetzung und ein Anreiz für die Wiedervereinigung des Landes geschaffen werden. Diese wäre eine Grundbedingung für die Integration der Republik Moldau in die Europäische Union.

Als anderer Weg, den Transnistrien-Konflikt zu lösen, wird von einigen Politikern in Chişinău der Dialog mit Russland vorgeschlagen. Dadurch sollte Moskau gewonnen werden, die Einrichtung Transnistriens als eine autonome territoriale Einheit im Rahmen der Republik Moldau zu unterstützen. Der Rechtsstatus dieser territorialen Einheit sollte denje-

nigen des Gagausen-Gebiets in der Republik Moldau gleichen. Chișinău sollte dafür Russland das Recht einräumen, Militärbasen in den transnistrischen Rayons zu halten. In diesem Zusammenhang sollte Moskau der Republik Moldau alle finanziellen Schulden erlassen. Es ist aber fraglich, ob die Republik Moldau auf diesem Weg zur europäischen Integration finden kann.

1.1.5 Die Stellung des süd-bessarabischen Konflikts in der geographischen Charakteristik der Republik Moldau

Der im Jahre 2000 unterzeichnete moldauisch-ukrainische Grenzvertrag und die Verwaltungsreform 1999 haben erneut die Aufmerksamkeit auf die Konflikte im Süden Bessarabiens gerichtet. Neben der transnistrischen Frage bergen diese Konflikte ein enormes Potenzial zur Destabilisierung der Lage, dessen Dimension noch zu wenig analysiert wurde. Auch wenn die Regelung des gagausischen Problems 1994 die Situation zu entspannen schien, bleiben an der südlichen Grenze der Republik Moldau noch zwei potentielle Konfliktherde: 1. die Präsenz der bulgarischen Minderheit und 2. die Konflikte an der moldauisch-ukrainischen Grenze. Eben dieses zweite Problem erzeugte das südbessarabische Konfliktpotenzial. Der lange Verhandlungsprozess über die moldauisch-ukrainische Grenze ist fast unmerkelt an der Öffentlichkeit und den Massenmedien der Republik Moldau vorbeigegangen, was von einer Tendenz zur politischen Gleichgültigkeit der Bevölkerung zeugt. Selbst die politische Klasse von Chișinău wurde auf das Problem im Süden Bessarabiens erst nach den jüngsten Zwischenfällen an der Grenze im Dorf Palanca und nach dem von der bulgarischen Minderheit 1999 verursachten Problem aufmerksam. Im Jahre 1992 schafften 80.000 Bulgaren in der Republik Moldau das, was Chișinău und Bukarest in der Ukraine für 500.000 Rumänen nicht geschafft haben, nämlich eine territoriale Autonomie in der Praxis, ohne dass sie offiziell erklärt wurde.

Südbessarabien ist für die Republik Moldau aus geopolitischen Perspektiven wichtig, weil sich in Südbessarabien nicht nur die Interessen der Länder der Regionen, sondern auch externer Mittel- und Großmächte treffen. Bevor auf das Konfliktpotenzial, das dort besteht, genauer eingegangen wird, soll im Folgenden ein Überblick über die Geschichte Südbessarabiens gegeben werden.

Der Süden Bessarabiens, anders genannt Budschak, ist nie eine sehr stabile Region gewesen. Die Wojewodschaft Moldau hat dieses Gebiet immer nur schwach kontrolliert. Obwohl dieses Territorium Teil des Fürstentums Moldaus bereits im letzten Jahrzehnt des 14. Jahrhun-

derts geworden ist, dauerte die moldauische Herrschaft insgesamt weniger als ein Jahrhundert. Das Territorium des Budschak wurde Ende des 15. Jahrhunderts von den Osmanen annektiert. Ein rumänisches Territorium ist es erst 1856 geworden, nach dem Pariser Frieden, und auch nur teilweise. 1812 annektierte das Russische Reich diese Gebiete und entriss es dem Osmanischen Reich und nicht dem Fürstentum Moldau, wie es mit dem Zentrum und Norden des späteren Bessarabiens geschah. Nach dem Annektieren des Südens Bessarabiens durch Russland begann Petersburg eine Politik zur Nutzung und Kolonisierung der Region, genau so, wie es mit den neuen westlichen Territorien Russlands geschah. Die Mehrheit der Kolonisten waren deutscher, türkisch-gagausischer, bulgarischer und ukrainischer Herkunft. Zur Zeit der Annektierung der Region durch die Russen lebten hier Rumänen, aber auch Lipowaner-Russen, Tataren, Griechen und Armenier (die beiden letzten Ethnien lebten überwiegend in den Städten). Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Budschak zu einem balkanischen Dagestan. Hier lebten fünf größere Volksgruppen, und zwar Rumänen, Ukrainer, Deutsche, Russen, Bulgaren und gagausische Türken, und vier kleinere Gruppen, nämlich Tataren, Juden, Armenier und Zigeuner. Im Vergleich zu anderen Gebieten Bessarabiens war in den südbessarabischen Bereichen Ismajil und Akkerman die rumänische Ethnie nur schwach vertreten.

Am 2. August 1940 erhielt die Ukraine ein Territorium von 12.400 km² im Süden Bessarabiens, das später zur Region Ismajil wurde. Die Begründung dieser Entscheidung lag in der ethnischen Zusammensetzung der Region. Allerdings war damals die ukrainische Bevölkerung dort nicht zahlreicher als die russische. Eine relative ukrainische Mehrheit wurde erst nach der „Umsiedlung“ von 100.000 Bessarabiendeutschen erreicht, die überwiegend auf den Gebieten der heutigen Kreise Tarutino, Sarata und Arzis lebten, weil die verlassenen Ortschaften mit Ukrainern und Russen besiedelt wurden. Was die anderen zwei großen ethnischen Minderheiten in der Zone betrifft – die Bulgaren und die gagausischen Türken – so wurden sie folgendermaßen verteilt: Die Mehrheit der gagausischen Türken blieb in der Moldauischen SSR, während die Mehrheit der Bulgaren zur Ukrainischen SSR kam. Nach den Daten der Volkszählung 1989 lebten etwa 150.000 gagausische Türken in der Republik Moldau und etwa 40.000 in der Ukrainischen Region Odessa⁶. Die Zahl der Bulgaren betrug 240.000 im Gebiet Ismajil der Region Odessa und 80.000 im Süd-Westen der Republik Moldau.

⁶ <http://www.ato-gagauzia.narod.ru/istoria.htm>

Mit dem Untergang der Sowjetunion und dem Beginn des Prozesses der nationalen Wiederbelebung in der Republik Moldau kam die bessarabische Frage erneut auf die Tagesordnung der Politik. Selbstverständlich konnte Rumänien diese Gebiete aufgrund von Entscheidungen des Pariser Friedensvertrags vom Februar 1947 nicht für sich beanspruchen. Diejenigen, die die bessarabische Frage erneut angeschnitten haben, waren die Vertreter der nationalen Idee in Bessarabien, die 1988–1989 nicht nur das Rumänische als offizielle Landessprache, die lateinische Schrift und eine moldauische nationale Identität, sondern auch „Volkseinheit“ verlangten. Auch wenn seit den damaligen Ereignissen nur relativ wenige Jahre vergangen sind, ist weitgehend in Vergessenheit geraten, dass die Idee der „Volkseinheit“ einen früheren Ursprung hatte, der auf das Jahr 1940 zurückgeht. 1988 nannten sich viele Bessarabier zwar nur zurückhaltend Rumänen, aber sie hielten die Verkleinerung der Moldauischen Sowjetrepublik durch die Zuordnung von Gebieten im Norden und Süden Bessarabiens zur Ukraine im August 1940 für einen Willkürakt.

Die ukrainische Regierung hat eine andere Sicht dieser Geschichte. Deswegen unterstützte und unterstützt auch heute Kiew die separatistischen Bewegungen sowohl im Osten, als auch im Süden der Republik Moldau.

Es ist sehr fraglich, ob durch die Gründung der autonomen territorialen Einheit Gagausien, die Erklärung des Kreises Taraclia als autonomes Gebiet für die bulgarische Minderheit und durch die Unterzeichnung eines Grenzvertrages mit der Ukraine, in dem diese autonomen Regionen berücksichtigt werden, der Konfliktknoten im Süden Bessarabiens gelöst werden kann. Denn die Abspaltung dieser Autonomiegebiete von der Republik Moldau ist möglich.

Eine Lösung des Problems könnte darin bestehen, den Kreis Taraclia und die gagausische Autonomie in einem einzigen autonomen Kreis, d. h. im Kreis Budschak, zusammenzuschließen, der drei offizielle Regionalsprachen hätte: Türkisch, Bulgarisch und Rumänisch.

Dadurch würde ein autonomer Kreis gegründet werden, der sich auf historisch-geographische Kriterien (Budschak) bezieht und nicht auf ethnische, wie im Falle der jetzigen territorialen Einheit Gagausien. Der neue autonome Kreis würde eine Fläche von 2.666 km² und eine Bevölkerungszahl von 200.000 Personen umfassen. Nach den Angaben der Volkszählung vom Jahre 2004 würden die Gagausen 61,8 % (131.400 Personen) der Gesamtbevölkerung dieses Kreises stellen. Auf die Bulgaren würden 18,2 % (36.300 Personen) und auf die moldauischen Rumänen würden 6,3 % (13.500 Personen) entfallen. Außerdem würden in diesem Kreis noch Russen, Ukrainer, Zigeuner,

u. a. leben⁷ Für ein solches Verfahren gäbe es historische Vorbilder. Beispielsweise wendete die Sowjetunion dieses Verfahren 1920 und 1930 im Nord-Kaukasus an, indem sie die autonomen Gebiete der Tscherkessen und Karatschaier, der Kabardiner und Balkaren sowie der Tschetschenen und Inguschen vereinigt hat. Auch das demokratische Italien schloss das überwiegend deutschsprachige Südtirol und die mehrheitlich italienisch bewohnte Provinz Trentino in einer einzigen Region zusammen, um das Gewicht des deutschen Elements im Rahmen des neu gegründeten autonomen Gebiets Trentino und Südtirol zu verringern. Die Vorteile eines neu zu gründenden autonomen Kreises Budschak lägen darin, dass erstens dieses Gebiet den Namen einer historischen Provinz und nicht einer ethnischen Gruppe tragen würde, was dazu beitragen könnte, ethnische Konflikte zu vermeiden, und dass zweitens die großen ethnischen Gruppen dieses Gebiets auf Ausgleich bedacht sein müssten, um friedlich miteinander leben und zum Nutzen aller ihre Siedlungsgebiete weiterentwickeln zu können.

1.1.6 Schlussfolgerung

Die geopolitische Lage der Republik Moldau ist nach wie vor sehr kompliziert. Seit 2001, d. h. seitdem die Regierung in Chişinău von Kommunisten gestellt wird, haben sich die Möglichkeiten einer Annäherung des Landes an die Europäische Union verschlechtert. Rumänien ist allerdings inzwischen Mitglied der Nord-Atlantischen Allianz und seit dem 1. Januar 2007 auch der Europäischen Union geworden, was die geopolitische Situation Südosteuropas deutlich verändert hat.

Die Erfolge Rumäniens machen Hoffnungen, dass sich auch die Lage Bessarabiens zum Guten ändern könnte. Im Moment ist aber die Situation in der Republik Moldau schlecht. Offensichtlicher als je ist der Mangel an Fortschritten im Lösungsprozess des Konflikts in Transnistrien, d. h. in der östlichen Region des Landes. Massive Belastungen für das Land sind die erneuten Spannungen im Süden des Landes, die Abkühlung der Beziehungen zu den östlichen und westlichen Nachbarn sowie die andauernde Stagnation der Wirtschaft.

Diese Entwicklungen stellen die Zukunft der Republik Moldau als souveräne und unabhängige Einheit in Frage. Hunderttausende Menschen haben in den letzten sieben Jahren auf der Suche nach einem Arbeitsplatz das Land verlassen. Andere Hunderttausende von Personen nutzten die Möglichkeit aus, Reisepässe anderer Länder – Rumäniens, Russlands und der Ukraine – zu erhalten. Tausende Jugendli-

⁷ http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls

cher, die im Rahmen verschiedener internationaler Programme ins Ausland gereist sind, kehren nicht mehr zurück. Viele der besten Fachleute auf dem Gebiet der Angewandten und Geisteswissenschaften, aber auch Künstler sind bereits im Ausland oder beabsichtigen, dies zu tun. Der Lebensstandard nimmt ab, die Lebenserwartung sinkt und die Arbeitslosigkeit wächst. Unter diesen Bedingungen ist die Frage zu stellen: In welche Richtung geht die Republik Moldau? Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde diese Frage negativ beantworten, was einen psychologischen Zustand der Niederlage und des Scheiterns offenbart. Bukarest brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, die Republik Moldau bei der Annäherung an Europa uneingeschränkt zu unterstützen. Leider ergaben sich daraus noch keine positiven Konsequenzen, auch nicht in der Einstellung der Regierung der Republik Moldau. Dies alles gibt Anlass zu vermuten, dass sich die Dinge in absehbarer Zukunft nicht in eine gute Richtung entwickeln werden, dass die Republik Moldau riskiert, weiterhin eine Pufferzone zwischen dem west-europäischen Raum, der in vollem politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozess ist, und der eurasiatischen Zone im Osten zu bleiben, bestimmt vom unvorhersehbaren Verhalten einer frustrierten Nation, die mit ihrer geopolitischen Lage nicht zurechtkommen kann.

1.1.7 Literatur- und Quellenhinweise

<http://www.ato-gagauzia.narod.ru/istoria.htm>

<http://www.olvia.idknet.com/ol37-09-05.htm>

<http://www.pridnestrovia.net/2004census.html>

http://www.statistica.md/recensamint/Nationalitati_de_baza_ro.xls

Moldawskaja ASSR, in Malaja Sowetskaja Enziklopedija, Moskau, 1928–1931, B. 5, S. 310.

Moldova. Materialurile statistice. Balta, 1928, S. 221.